

Johann Gerlieb

Von Washington bis Wien. Föderalismus und Revolution in der politischen Sprache preußisch-deutscher Diplomaten 1848/49

I. Einleitung

Das Jahr 1848 wird aus europäischer Sicht gemeinhin mit der Revolution vor 176 Jahren verbunden. Aus globaler Perspektive wird aber deutlich, dass dies nur eine Seite der Medaille ist. So war 1848 beispielsweise für die USA nicht nur ein Wahljahr, sondern markierte auch das Ende eines zweijährigen Krieges gegen Mexiko sowie eine damit verbundene Expansion. Dennoch war die Revolution in Europa der Neuen Welt nicht entgangen. So widmete sich der scheidende 11. US-Präsident, James K. Polk (1795–1849), in seiner letzten Jahresansprache an den US-Kongress ausführlich Europa und ging dabei insbesondere auf die Vorgänge in Deutschland ein. Der aus Mecklenburg County (North Carolina) stammende Demokrat rügte den chaotischen Umsturz im Februar 1848 in Paris und stellte diesem die ihm viel vernünftiger erscheinenden föderalen Verfassungsdebatten in der Frankfurter Paulskirche gegenüber. Die Worte, die Polk im Dezember 1848 diesbezüglich gegenüber den Abgeordneten anschlug, lesen sich aus der um die Ereignisse des Folgejahres wissenden Sicht überraschend euphorisch: „The Government and people of the United States [...] hail the efforts in progress to unite the States of Germany in a confederation similar in many respects to our own Federal Union.“¹

Aber auch in den deutschen Staaten hatte man großes Interesse daran, wie das Ausland über die revolutionären Veränderungen dachte und welche Lektionen es dort für die eigene Staatswerdung zu lernen gab. So entstanden sowohl Preußen als auch das kurzzeitig existierende Deutsche Reich Vertreter in die Vereinigten Staaten. Während in Deutschland darum gestritten wurde, wie ein zukünftiger deutscher Nationalstaat überhaupt

¹ James K. Polk: *Fourth Annual Message to Congress* vom 5. Dezember 1848, via UVA/Miller Center: <<https://millercenter.org/the-presidency/presidential-speeches/december-5-1848-fourth-annual-message-congress>> (29.2.2024).

beschaffen sein sollte, beobachteten diese Akteure dort politische Praktiken und Strukturen und verglichen sie mit den ihnen vertrauten.² Noch ganz im Sinne der Ordnung des Wiener Kongresses von 1815, in der sie politisch sozialisiert wurden, waren dabei Ideen, wie Staaten zusammengeführt, befriedet und vor allem geordnet werden konnten, von großem Interesse. Aus den Quellen, die sie hinterlassen haben, lässt sich vor allem eine für sie zentrale Idee herauslesen: Föderalismus.

Für den zeitgenössischen Sprachgebrauch der Akteure ist aber nicht allein der Begriff *Föderalismus* relevant, sondern eine Vielzahl von Begriffen, Redewendungen und Vokabeln. Daher versteht dieser Artikel den Föderalismus nicht als Begriff allein, sondern als eine politische Sprache, wie es J.G.A. Pocock beschreibt. Politische Sprachen sind demnach Regelsysteme, die durch ihr Vokabular, deren Funktionen und Veränderlichkeit politische Aussagen und politisches Handeln überhaupt erst ermöglichen und zugleich beschränken.³ Kerngedanke hinter dieser Herangehensweise ist die Frage danach, was wann wie und durch wen sagbar war und damit in aktives und intendiertes politisches Handeln eingehen konnte.

In Form einer semantischen Reise geht dieser Beitrag somit dem Gebrauch der politischen Sprache des Föderalen anhand von vier ausgewählten Diplomaten in der Revolutionszeit 1848/49 nach. Der Vorteil dieser Untersuchungssuppe liegt in ihren großen biographischen Schnittmengen hinsichtlich ihres sozialen Hintergrunds, der akademischen Ausbildung sowie ihrer berufsbedingten Einbindung in mehrere Kontexte gleichzeitig. In ihren Berichten erzählen sie von den Orten, an welchen sie dienten, sie bleiben dabei aber immer auch ihrem Entsendestaat verbunden und spiegeln ihre Wahrnehmung im Ausland mit der Situation „daheim“. Die Auswahl der untersuchten Standorte liegt in den dortigen föderalen Strukturen und Traditionen begründet: Erstens die USA als transatlantischer Bundesstaat, der in den deutschen Staaten sowohl als Vorbild gesehen als auch kritisch beäugt wurde.⁴ Zweitens folgt Frankfurt als Sitz des Deutschen Bundes sowie der Nationalversammlung und drittens Wien als einer

2 Das Interesse am Föderalismus der USA war kein preußisch-deutsches Spezifikum. Wie Kate Ferris nachweist, orientierten sich zeitgenössisch auch Staaten wie Spanien, Brasilien und Argentinien am bundesstaatlichen Modell der USA. Siehe dazu: Kate Ferris: A Model Republic. In: Axel Körner/Nicola Miller/Adam I.P.Smith (Hrsg.): *America Imagined. Explaining the United States in nineteenth-century Europe and Latin America*. New York 2012, S. 51-79, hier S. 60 f.

3 Vgl. Ernst Müller/Falko Schmieder: Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium. 2. Aufl. Berlin 2019, S. 359.

4 Zur ambivalenten Rezeption der USA in Europa im 19. Jahrhundert siehe u.a.: Körner/Miller/Smith: *America Imagined* (wie Anm. 2).

von zwei Polen des preußisch-österreichischen Ringens um die Vormacht in Deutschland. Die Berichte und Briefe der ausgewählten Akteure waren dabei als Archivalien, in Form von Quelleneditionen und eingebunden in rezente Forschungsbeiträge zugänglich.

Nach einem begriffsgeschichtlichen Einstieg (II), macht der Beitrag eine erste Station in der Analyse der Berichte der Diplomaten Friedrich von Rönne und Friedrich von Gerolt, welche sie aus den USA nach Berlin und Frankfurt schickten (III). Auf dem Weg nach Wien legt der Beitrag am Bundestag in Frankfurt am Main einen Zwischenstopp ein (IV). Hier wirkte Heinrich August von Dönhoff als preußischer Diplomat und als eigensinniger föderaler Reforminitiator. Schließlich in Wien (V) angekommen, zeigt der Artikel sprachliche Brüche und eine radikale Veränderung der politischen Sprache in der Revolutionszeit anhand von Berichten und Privatbriefen des preußischen Gesandten Albrecht von Bernstorff. Meinem Text liegen dabei zwei Thesen zu Grunde. Einerseits, dass auch bei einer weitgehend homogenen Untersuchungsgruppe sehr unterschiedliche Wahrnehmungsformen föderaler Phänomene im Ausland zu beobachten sind. Im Hinblick auf die politische Sprache des Föderalismus haben die untersuchten Akteure anderseits aber eines gemein, nämlich dass sie vor dem Hintergrund der Revolution 1848/49 einen tiefgreifenden Wandel der politischen Sprache wiedergeben, der den späteren Diskurs um die föderale Zukunft der deutschen Staaten mitprägen sollte.

II. Föderalismus, Bundesstaat, Staatenbund?

Bevor wir danach fragen können, wie Föderalismus von Akteuren um 1848 im Ausland wahrgenommen werden konnte, ist es hilfreich, sich mit ihrer zeitgenössischen Sprache vertraut zu machen. Was bedeutete der Begriff des Föderalismus und in welchem Verhältnis stand er zu ähnlichen Begriffen des Sprachgebrauchs in der Revolutionszeit?

Einen praktischen Zugang stellen die zeitgenössischen Nachschlagewerke, wie das in den 1840er Jahren begonnene und weitverbreitete Konversationslexikon Joseph Meyers (1796–1859), dar. Unter *Föderalismus* bzw. einem *Föderativsystem* versteht dieses einen aus mehreren Teilen zusammengesetzten Staat. Je nachdem wie stark die Zentralmacht ausgeprägt ist, handelt es sich dann um einen Staatenbund (schwache Zentralmacht) oder einen Bundesstaat (starke Zentralmacht). Meyers Lexikon gibt jeweils auch ein Beispiel, so sei Deutschland ein Staatenbund und die Vereinigten

Staaten von Amerika ein Bundesstaat *par excellence*.⁵ Diese klare Differenzierung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche Föderalismusdiskurs des Vormärz noch keine allgemeingültige Trennschärfe zwischen „Staatenbund“ und „Bundesstaat“ kannte. Wie Michael Dreyer herausgearbeitet hat, sind besonders im Hinblick auf den Deutschen Bund zahlreiche Mischformen und Überschneidungen in der Sprache der zeitgenössischen Theorien zu finden.⁶

Wie gebräuchlich solche Begriffe in dieser Zeit aber waren, lässt sich mit einem Hilfsmittel moderner Suchmaschinen zumindest erahnen. Der Google Ngram Viewer stellt die Begriffshäufigkeiten bzw. die Frequenz von beliebigen Wortfolgen in den von Google Books gelisteten Publikationen seit der Frühen Neuzeit dar. Lässt man hier die Begriffe *Föderalismus*, *Bundesstaat* und *Staatenbund* im Zeitraum 1800–1900 gegeneinander laufen, werden interessante Konjunkturen ersichtlich. Besonders für die Revolutionszeit 1848/49 erlebt der Begriff *Bundesstaat* im deutschen Sprachgebrauch einen kurzzeitigen, aber auffälligen Aufschwung. Auch die Verwendungsfrequenz des Begriffs *Staatenbund* nimmt in dieser Zeit einen erkennbaren Ausschlag, bleibt aber weit unter der Verwendungshäufigkeit des Bundesstaates. Deutlich seltener als beide Begriffe erscheint übrigens *Föderalismus*. Der Google Ngram Viewer stellt zwar kein fundiertes statistisches Werkzeug dar, dient aber als heuristisches Mittel, um die Sprache der historischen Akteure erahnen zu lassen. Dabei wird deutlich, dass die bloße Suche nach dem Begriff *Föderalismus* dem Sprachgebrauch der untersuchten Gesandten nicht gerecht wird, was ein Blick in ihre Schriftquellen bestätigt.

III. Ermutigung und Ernüchterung in Washington

Um 1848 benötigte die Post des preußischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika ungefähr drei bis vier Wochen, um von Washington nach Berlin zu gelangen.⁷ Die an aktuellen Ereignissen im Empfangsstaat orientierten Berichte, die der Gesandte regelmäßig an das

5 Vgl. Joseph Meyer: Das große Conversations-Lexicon für die gebildeten Stände. Broussais – Bzura. Bd. 6. Hildburghausen 1843, S. 895.

6 Vgl. Michael Dreyer: Föderalismus als ordnungspolitisches und normatives Prinzip. Das föderative Denken der Deutschen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1987, S. 158.

7 Erste, wenn auch noch nicht dauerhafte, transatlantische Telegraphenverbindungen gab es erst ein Jahrzehnt später.

Außenministerium Preußens sendete, konnten also längst wieder an Brisanz verloren haben, wenn sie endlich in Berlin angekommen waren. Die sich seit 1844 gleich mehrfach in Washington voneinander abwechselnden Diplomaten Friedrich von Gerolt (1797–1879) und Friedrich von Rönne (1798–1867) taten also gut daran, ihre Berichte auch mit nachhaltigeren Informationen zu füllen.⁸

Wenn beide auch – wie einige Beschwerdebriefe an das Ministerium belegen⁹ – sich persönlich zumindest suspekt waren, gleichen sich ihre Berichte doch in wesentlichen Punkten. Dies ist umso erstaunlicher, weil Rönne, wie die Mehrheit der Diplomaten Preußens, Jurist war, während Gerolt als Geologe fachlich ein Exot im Außenministerium war. Beide zeigen vor allem große Kenntnis und Bewunderung für die föderalen Institutionen der Vereinigten Staaten. Bedenkt man, dass im jährlichen Rundschreiben des Außenministeriums zur internationalen Lage („Circular-Depesche“) zu Beginn des Jahres 1848 die USA nicht eines Satzes gewürdigt werden, erscheint dieses Interesse keinesfalls als selbstverständlich für die preußische Diplomatie der Zeit.¹⁰

Wenn auch aus Berliner Perspektive noch nicht als „echte“ Großmacht wahrgenommen, sollte das Interesse an den Vereinigten Staaten während der Revolution jedoch deutlich wachsen. Dies zeigt sich schon darin, dass sich der Gesandte Friedrich von Gerolt im Mai 1848 erlauben konnte, John Calhoun (1782–1850), den ehemaligen Vizepräsidenten, Außenminister und damaligen Senator für South Carolina um eine offizielle Einschätzung der Entwicklungen in Deutschland zu bitten. Die mehrseitige Analyse dieses bekennenden Bundeskritikers und vehementen Befürworters der Sklaverei sandte Gerolt unübersetzt nach Berlin.

Ausgehend von der Lektüre des Reichsgrundgesetzentwurfs des Siebzehnerausschusses vom 26. April 1848 thematisiert Calhoun zunächst die starke Zentralmacht, die dem Reich zufallen sollte. In Anbetracht der langen historischen Tradition und Eigenständigkeit der deutschen Einzelstaaten, meldete Calhoun Zweifel an, dass dieser mächtige Bundesstaat tatsächlich die Zustimmung der einzelnen Staaten finden würde: „It strikes me, that it

8 Friedrich von Rönne, Preußischer Ministerresident in Washington 1834–1844, Reichsgesandter 1848–1849; Friedrich von Gerolt, Preußischer Gesandter in Washington 1844–1848, 1849–1871.

9 Siehe dazu u.a.: Gerolts Brief an das Außenministerium vom 18. Dezember 1848, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Preußische diplomatische Vertretung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Bd. 3, III. HA MdA, I Nr. 7870, Bl. 131r ff.

10 Siehe dazu: Berlin, GStA PK, Circular-Depesche an die Königlichen Gesandtschaften vom 15. Januar 1848, III. HA MdA, I Nr. 183/1 Bl. 9–22.

would be impossible to induce the several communities, of which Germany is composed, to adopt it.”¹¹ Daran anschließend stellte er die Frage, ob „the two great monarchies of Prussia and Austria“¹² diesen Bundesstaat unterstützen würden, einer der beiden Monarchen tatsächlich die Kaiserkrone akzeptieren und der andere ihm diese gönnen würde. Calhoun bezweifelte dies und kam zum Schluss, dass daran das gesamte Projekt eines deutschen Bundesstaates scheitern müsse. Und selbst wenn dieser Bundesstaat zustande käme, wäre die Macht des Reiches deutlich größer als jene der Bundesregierung der USA, deren Einzelstaaten viel homogener seien als die deutschen Staaten. Das Resultat wäre dann, dass die Einzelstaaten nach und nach ihre Souveränität an das Reich abtreten müssten oder – was Calhoun für wahrscheinlicher hielt – der Machtkampf beider Ebenen zum Dauerkonflikt führen würde. Dieser müsste schließlich im Zusammenbruch des deutschen Bundesstaates enden.¹³ Von diesem Standpunkt aus empfahl der Senator, der Deutsche Bund „should be preserved, but improved and strengthened“¹⁴, indem sich die Reichsebene ausschließlich auf die Gebiete der Außenpolitik und Verteidigung beschränken solle. Nach innen solle das Reich nur eingreifen können, um die „preservation of peace and harmony“¹⁵ der Einzelstaaten untereinander zu gewährleisten. Eine spätere Stärkung der Reichsebene könne dann immer noch nachträglich abgestimmt werden, denn:

„It would be safer at first, to give too little rather than too much power. It would be easier to add, whatever power experience might show to be necessary, than to divest the Diet of such as may be found to be mischievous.”¹⁶

John Calhoun schloss seine Analyse mit der prophetisch klingenden Bemerkung:

„I look to Germany with deep interest. [...] On her success will depend, not only the successful consummation of what the recent revolutions aimed at in Germany, but in the rest of Europe. If she [Germany] fails, all others probably will.”¹⁷

11 GStA PK, Schriftwechsel mit der preußischen diplomatischen Vertretung in Washington, Bd. 11; III. HA MdA, I Nr. 7887, Bl. 89.

12 Ebd., Bl. 89v.

13 Ebd., Bl. 90r.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Ebd., Bl. 90v.

17 Ebd.

Gerolt dürfte über diese ernüchternde Einschätzung kaum überrascht gewesen sein, sprach Calhoun doch auch schon zwei Jahrzehnte vor dem Amerikanischen Bürgerkrieg von der Möglichkeit einer Abspaltung der Südstaaten von der Union und hatte den Konflikt im eigenen Land sicher auch bei der Betrachtung Deutschlands im Hinterkopf. Gegenstand des föderalen Konflikts war für Calhoun die Frage, ob sich der Bund in der sogenannten Sklavenfrage in die Legislative der Einzelstaaten einmischen dürfe. Als Anhänger einer amerikanischen Konföderation war für ihn evident, dass eine bundesweite Abschaffung der Sklaverei entweder nicht verfassungskonform sei oder das Ende der USA als Bundesstaat bedeuten würde.¹⁸

Ob Gerolt ebenfalls eine konföderierte bzw. staatenbündische Gründung Deutschlands befürwortet hätte, ist in diesen Berichten nicht eindeutig erkennbar. Dass er aber ausgerechnet mit Calhoun um die Einschätzung eines für ihn „großen Staatsmannes“¹⁹ bat, mag für sich sprechen. Aber gerade dessen Betonung möglicher Sprengkräfte eines Bundesstaates war von größtem Interesse, denn über diese berichteten sowohl Gerolt als auch sein Nachfolger, Friedrich von Rönne, intensiv. Auch wenn sich in den offiziellen Berichten beider Diplomaten keine moralischen Urteile zur Praxis der Sklaverei finden lassen, machten sie gerade an diesem Punkt immer wieder auf die inhärente Gefahr eines Auseinanderdriftens zweier Machtblöcke aufgrund eines schwelenden Konflikts aufmerksam.²⁰ Selbst wenn beide noch nichts vom Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 wissen konnten, den immer weiter aufflammenden Konflikt zwischen Berlin und Wien in der Frage um die Führung im Deutschen Bund kannten sie bereits sehr genau. Dass dieser in einem noch enger geschlossenen Bundesstaat eskalieren könnte, schienen sie aus den USA entnommen zu haben, ohne das dortige System vollends ungeeignet für ein zukünftiges Deutschland zu halten.

Dieser eher ernüchternden Sichtweise föderaler Zukunftsaussichten standen aber zahlreiche Ermutigungen für einen deutschen Bundesstaat gegenüber. Diese nahmen Gerolt als Gesandter Preußens und ab dem Jahreswechsel 1848/49 auch Rönne als deutscher Reichsgesandter in der

18 Vgl. Gerolts Bericht Nr. 24 vom 25. August 1848, ebd., Bl. 100r.

19 Ebd.

20 Kritik an der Praxis der Sklaverei wurde zeitgenössisch aber durchaus auch in deutschen Diskursräumen geübt, was an Beispielen wie der später in den USA lebenden Abolitionistin Ottile Assing (1819–1884) deutlich wird. Siehe dazu: Frank Mehring: Deutsch-Amerikanisch-Afrikanische Allianzen. Aktivisten des Vormärz und der amerikanische Abolitionismus. In: Jahrbuch FVF, Forum Vormärz Forschung, hrsg. von Norbert Otto Eke/Fritz Wahrenburg, 10 (2004), S. 391–427, hier S. 394.

US-amerikanischen Politik und Presse wahr. Zumindest für Friedrich von Rönne ist nachweisbar, dass in seiner Bewertung die optimistische Orientierung am politischen System der USA überwog. Vor der Ernennung zum Reichsgesandten war Rönne mit Denkschriften aufgefallen, welche er noch als Abgeordneter der Nationalversammlung verfasst hatte. Als Parlamentarier der liberalen Casino-Fraktion brachte er so seine Betrachtungen der USA in ökonomischen wie auch konstitutionellen Beratungen ein.²¹

Auch in seiner Funktion als Reichsgesandter spiegelte Rönne später seine positiven Erfahrungen aus den USA nach Deutschland. Besonders eindrücklich ist darunter die eingangs erwähnte Jahresansprache Präsident Polks, aber auch der Empfang des Reichsgesandten in Washington Ende Januar 1849. In seinem Bericht an das preußische Außenministerium vom 4. Februar 1849 gab Rönne hierzu seine eigene Wahrnehmung wieder und untermauert diese mittels eines Zeitungsausschnitts aus „The Union“, der seinen Antrittsbesuch beim US-Präsidenten thematisiert.

Rönne überreichte am 26. Januar 1849 Präsident James K. Polk seine Akkreditierungsurkunde des „Vicaire of the German Empire“ (i.e. Reichsverweser Erzherzog Johann). Er betonte dabei die engen Verbindungen beider Staaten sowohl bezüglich ihrer Bevölkerungen als auch hinsichtlich ihrer föderalen Organisation:

„Two great nations now tender to each other the hand of brotherhood. Germany, in her progress towards legal liberty and unity, could not fail to engage the sympathies of the enlightened people of the United States – of a people who count among their citizens millions of individuals intimately connected with Germany through the ties of blood — of a people who are not in a small degree indebted for their prosperity and greatness to the federal system which Germany is now about to adopt.“²²

Diese Betonung der Gemeinsamkeiten und Verbindungen griff auch der US-Präsident in seiner Erwiderung auf:

„The government and people of the United States have taken a deep and lively interest in the great events which have transpired in Germany during the past year, [...] all their sympathies have been enlisted for the success of the efforts of Germany to establish 'legal liberty and unity' in a government of confederated States. This feeling of sympathy, was natural to a people, themselves enjoying the fullest liberty under a confederation of sovereign States, such as your countrymen

21 Vgl. „Rönne, Friedrich von“. In: Allgemeine Deutsche Biographie 29 (1889), S. 133–136 [Online-Version]; <<https://www.deutsche-biographie.de/pnd116583576.html#adbcontent>> (10.6.2024).

22 GStA PK, Preußische diplomatische Vertretung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Bd. 3, III. HA MDa, I Nr. 7870, Bl. 163e.

seek to establish, and to a people who number among the most worthy of their native-born and adopted citizens many who are of German descent.”²³

Die Bereitschaft, sich im Hinblick auf den Föderalismus an den USA orientieren zu wollen, sowie die Überzeugung der Vereinigten Staaten, hierfür ein geeignetes Vergleichssystem zu bieten, sind häufig wiederkehrende Motive in den Berichten Rönnes. Aber auch die damit verbundene Erwähnung der deutschen Migrationsgeschichte in den USA ist relevant, denn Deutsche waren dem föderalen System Nordamerikas gegenüber durchaus nicht abgeneigt. Auch wenn die jährlichen Einwanderungszahlen Deutscher in die USA erst nach 1849 die Millionenmarke überschreiten sollten, waren sie schon zuvor für die Demokratie der USA nicht unbedeutend. In den Jahren 1840 bis 1849 wanderten immerhin fast 400.000 Deutsche in die USA aus.²⁴ Die Gesandten Gerolt und Rönne berichteten sehr genau, wie die Stimmung der deutsch-amerikanischen Bevölkerung in den USA Einfluss auf den Präsidentschaftswahlkampf 1848 hatte und gerade zum Ende der Revolution zu kippen drohte. Erfreute sie einerseits die Sympathie und schnelle staatliche Anerkennung, mit der die US-Regierung unter James K. Polk dem entstehenden deutschen Bundesstaat entgegentrat, sorgten die Debatten um die Lieferung eines Kriegsschiffs mit dem bedeutungsvollen Namen „United States“ andererseits gehörig für Verstimmung unter den Deutsch-Amerikanern. Englische wie deutschsprachige Zeitungen in den USA witterten eine Verschwörung der deutschen Fürsten, die sich gegen die entstehende Demokratie in Deutschland bewaffneten und diese letztlich doch niederschlagen würden.²⁵ Am Beispiel des Schiffes, das letztlich nicht mehr nach Deutschland auslief, machte Friedrich von Rönne nicht nur deutlich, welchen Einfluss die deutschsprachige Bevölkerung in den USA haben konnte, sondern auch welche Mechanismen in einem demokratisch geführten Föderativstaat greifen und das Regierungshandeln beeinflussen konnten.

Gerolt und Rönne führten eine stark transnational geprägte Sprache des Föderalismus und formulierten in ihr Lektionen für Berlin und Frankfurt: So waren sie fasziniert von den – eher nur imaginierten – föderalen Gemeinsamkeiten, zugleich sensibilisierten sie für die möglichen Bruchstellen

23 Ebd., Bl. 163b.

24 Anzahl der Einwanderer aus Deutschland in die Vereinigten Staaten von Amerika in den Jahren 1820 bis 2009, zitiert nach statista.com: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/266071/umfrage/immigration-aus-deutschland-in-die-usa/>> (29.2.2024).

25 Rönnes Bericht an das Reichsausßenministerium vom 9. Juli 1849, Bundesarchiv (BArch), Reichsgesandtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika 1848–1849, DB 53/85, Bl. 83.

eines Bundesstaates und unterstrichen die Bedeutung der öffentlichen Meinung in einem demokratischen Föderativsystem.

IV. Revolutionäre Stimmung und föderale Eigeninitiative in Frankfurt

Für die Berichte der Diplomaten des späteren Wilhelminischen Kaiserreichs hat Friedrich Kießling einen relevanten Unterschied zu jenen der Ära Bismarck festgestellt. Nach 1890 bezogen die Gesandten des Kaiserreiches viel stärker die öffentliche Meinung, Pressestimmen und das soziale Klima in ihre Berichte ein. Nicht bloß die Meinungen zentraler politischer Akteure prägten ihre Analysen, sondern eine viel breitere Palette an Faktoren. Dabei ist es nicht so, dass die Diplomaten früher für diese nicht empfänglich gewesen wären, ganz im Gegenteil, wie Kießling betont. Vielmehr bildete Bismarck die Ausnahme: Er wies derlei Informationen schroff als irrelevant für seine Entscheidungsfindung und zur außenpolitischen Lagebewertung ab.²⁶

Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die preußischen Diplomaten der Revolutionszeit 1848/49 in neuem Licht. Auch sie versuchten bereits mit umfangreichen Analysen ein Gesamtbild der Stimmungen und Reaktionen auf die Revolution an ihren jeweiligen Posten nach Berlin zu melden und eine entsprechende Bewegung des in Schockstarre befindlichen Außenministeriums zu erreichen. Nur anders als unter dem späteren Reichskanzler Bismarck – dem einige von ihnen noch dienen würden – hatte Preußen keine einheitliche außenpolitische Führung während der Revolutionszeit. Zwischen 1848 und 1849 hatte das Königreich acht Außenminister. Die Aufmerksamkeitsspanne für Hinweise potenzieller Revolutionsherde war auf Seiten des Ministeriums also höchst volatil und hing stark vom jeweils amtierenden Minister ab.

Für wenige Wochen sollte im Herbst 1848 auch August Heinrich Hermann Graf von Dönhoff (1794–1874) als Außenminister agieren. Zuvor war er der Bevollmächtigte Preußens beim Bundestag in Frankfurt am Main gewesen. In dieser Funktion berichtete er im Frühjahr 1848 intensiv über die aufgeheizte Stimmung in der Frankfurter Bevölkerung, die

26 Vgl. Friedrich Kießling: Diplomaten als Entscheidungsträger? Außenpolitische Entscheidungskulturen in der Ära Bismarck. In: Ulrich Lappenküper/Wolfram Pyta (Hrsg.): Entscheidungskulturen in der Bismarck-Ära. München 2024, S. 235–254, hier S. 247.

Panik vor allem seiner süddeutschen Kollegen im Bundestag sowie über die ambivalente Haltung des liberalen Frankfurter Bürgertums gegenüber der Revolution. Früher als im fernen Berlin war ihm bewusst geworden, dass die Revolution kein französisches oder italienisches Problem, sondern ein europäisches Ereignis war, dass auch die Staaten des Deutschen Bundes betreffen würde.²⁷ Radikal-demokratische oder gar republikanische Forderungen ausgenommen, fand Dönhoff an einigen Ideen der Revolution durchaus Gefallen oder sah diese zumindest als Chance für Preußen, die Führung im Deutschen Bund zu übernehmen.²⁸

Unermüdlich schrieb er im Frühjahr 1848 nach Berlin und betonte, dass die Forderungen nach einer Reform des Bundes, der Gründung eines deutschen Einheitsstaates mit Verfassung und Parlament nicht mehr einfach vom Tisch zu wischen seien. Die Revolution sei in Deutschland gerade noch abzuwenden, wenn auf Grundlage der bestehenden Institutionen Reformen eingeleitet werden würden. Konkret hieß dies für Dönhoff die Zusammensetzung eines Bundesparlaments durch Delegierte der einzelstaatlichen Landtage und die Abstimmung über eine neue Bundesverfassung durch die Fürsten und ihre Regierungen.²⁹ Selbst mit diesem Konzept – dass keinesfalls neu, sondern bereits im Vormärz diskutiert worden war – fand er jedoch kein Gehör bei König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) und dessen Außenminister, General Karl von Canitz (1787–1850).

Konrad Canis nennt Dönhoff daher einen „einsamen Rufer in der Wüste“³⁰, der bald begann, seine Berichte ganz bewusst zu färben und wenn nötig zu übertreiben.³¹ Anfang März schrieb er an den Monarchen, dass ein Zusammenschluss der deutschen Staaten in einem von Preußen dominierten Bundesstaat der einzige Weg sei, um „den demokratischen und republikanischen Influenzen vom Westen und Süden“³² zu widerstehen. Doch selbst die Betonung dieser Gefahren war nicht genug, um die Denkmuster am Berliner Hof aufzuweichen. Hier verkannte man die Revolution 1848/49 lange als ein außenpolitisches Ereignis. Für Deutschland hielt man am tradierten Verständnis fest, wonach die Habsburgermonarchie und ihr

27 Vgl. Walter Bußmann: Dönhoff, August Graf von. In: Neue Deutsche Biographie (1959), S. 26 f., hier S. 26.

28 Vgl. Konrad Canis: Konstruktiv gegen die Revolution. Strategie und Politik der preußischen Regierung 1848 bis 1850/51. Paderborn 2022, S. 5.

29 Vgl. Bußmann: Dönhoff, August Graf von (wie Anm. 27), S. 26 f.

30 Canis: Konstruktiv gegen die Revolution (wie Anm. 28), S. 4.

31 Vgl. ebd., S. 14.

32 Nach Canis: Konstruktiv gegen die Revolution (wie Anm. 28), S. 10; Dönhoff an Friedrich Wilhelm IV., 3. März 1848 (GStA PK, III. HA, Außenministerium I, Nr. 1928/5).

Kaiser das Oberhaupt Deutschlands seien.³³ Eine Reform des bestehenden Bundes war ohne Wien nicht durchzusetzen. Wie wenig man dort aber an einer Reformierung des Deutschen Bundes oder gar an der Gründung eines deutschen Nationalstaates interessiert war, berichtete Dönhoffs Kollege, Albrecht von Bernstorff, in den späteren Revolutionsmonaten aus Wien.

Wenn auch nicht gleich erfolgreich mit seinen Berichten, blieb Dönhoff aber nicht tatenlos. Die Bedeutung seiner folgenden Aktionen lässt sich besonders gut vor dem Hintergrund des institutionellen Kontextes ermessen, in welchem der Gesandte agierte. Der Bundestag des Deutschen Bundes war kein frei gewähltes Parlament, sondern fungierte als gemeinsame Stimme der deutschen Fürsten. Die Delegierten waren keinesfalls unabhängig in ihrem Mandat, sondern an strikte Instruktionen ihrer Regierungen gebunden. Die Bundestagsgesandten debattierten nicht miteinander, sondern informierten über Positionen ihrer Regierungen und brachten deren Anträge ein, über welche schlicht abgestimmt wurde. Vor diesem Hintergrund ist die Ausbildung einer eigenen Handlungsstrategie eines an Instruktionen gebundenen Diplomaten denkbar schwierig. Dennoch gelang es Dönhoff, innerhalb der Verhaltensregeln am Bundestag, im Sinne politischer Sprechakte gegen die Resignation der preußischen Regierung anzuarbeiten.

Deutlich wird dies bei genauerer Betrachtung von Dönhoffs eigensinniger Initiative im März 1848. Die Ausgangslage war durch die Abwesenheit des österreichischen Bundestagsgesandten, welcher üblicherweise den Vorsitz der Bundestagssitzungen führte, günstig. In dieser Situation fungierte nun Dönhoff als Stellvertreter und nutzte diese Gelegenheit. Wie Canis bemerkt, brachte er – ohne eine ministerielle Instruktion hierzu erhalten zu haben – einen Antrag in den Bundestag ein.³⁴ Die Worte, die darin gewählt wurden, würden in der Folge das preußische Außenministerium in Zugzwang setzen und vermittelten zugleich den anderen Gesandten – um die eigentliche Instruktionsgebundenheit Dönhoffs wissend – den Eindruck, diese würden der Haltung Berlins entsprechen.

In der Bundestagssitzung am 1. März 1848 ergriff der Interimsvorsitzende Dönhoff das Wort. Selbstbewusst fordert sein Antrag, dass der „deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands [...]“ sich „vertrauenvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk [wenden]³⁵ solle, um gemeinsam nicht nur für Ru-

33 Vgl. ebd., S. 5.

34 Vgl. ebd., S. 11.

35 Vgl. 10. Sitzung vom 1. März 1848, § 108, MDZ, Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, Sitzung 1–70 (7. Januar – 12. Juli 1848), S. 179.

he und Ordnung, sondern auch für eine Erneuerung der Bundesverfassung zu sorgen. Dönhoff begründete die Notwendigkeit dieses Aufrufs einerseits durch die Bedrohungen Deutschlands von innen wie außen sowie andererseits durch eine „tiefgehende Aufregung des öffentlichen Geistes“³⁶. Um diesen Geist zu beruhigen und von den Absichten des Bundestages zu überzeugen, sei der Aufruf des Bundestags in den Zeitungen zu veröffentlichen. Auch das Ziel, welches diese Initiative letztlich verfolgte, wurde verdeutlicht: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwicklung führt dahin.“³⁷ Doch diese Entwicklungen würden nicht im luftleeren Raum passieren, sondern könnten auf historischen Erfahrungen des föderalen Miteinanders der deutschen Staaten aufbauen. So schlussfolgert der Aufruf:

„Die Geschichte Deutschlands gibt die Belege hierzu sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt und ihr Inneres zerreißt.“³⁸

Dönhoffs Initiative hatte Erfolg, und sein Antrag wurde beschlossen. In den Folgesitzungen fassten die Bundestagsgesandten – nach Rücksprache mit ihren Regierungen – immer weitere Beschlüsse, die auf die revolutionäre und nach Reform des Bundes strebende Stimmung reagierten. Konrad Canis weist dabei auf den Beschluss vom 10. März hin, welcher den sogenannten 17er-Ausschuss einsetzte, der eine neue Verfassung skizzieren sollte und mit öffentlich bekannten Personen besetzt wurde.³⁹ Die politische Sprache betreffend noch interessanter ist das publizierte Protokoll der 15. Sitzung vom 8. März 1848. Wieder unter Dönhoffs Vorsitz erhielt diesmal der Gesandte Badens das Wort. Dieser hatte die Aufgabe, über den Zustand des Deutschen Bundes zu berichten, was zu einem völligen Verriss des Bundes und seiner Institutionen ausartete. Dessen Verfassung sei von Anfang an eine „mangelhafte und ungenügende“ gewesen. Die Protokolle des Bundestages seien „ohne inneres Leben und Zusammenhang, ohne Austausch der Ideen und Ansichten“, und letztlich würden sich die einzelnen Staaten kaum um die Umsetzung der gefassten Beschlüsse bemühen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Bund sei zerrüttet. Aus diesem Grunde

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. ebd., S. 180.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Canis: Konstruktiv gegen die Revolution (wie Anm. 28), S. 17.

müsste der Bundestag selbst die Initiative ergreifen, die „Bundesverfassung auf zeitgemäßer nationaler Basis“ zu reformieren. Dies würde nicht nur neues Vertrauen schaffen, sondern so – immer noch vor dem Hintergrund der drohenden Revolution – „den Gefahren weitern Umsturzes vorgebeugt seyn“.⁴⁰

Dönhoff und einige seiner Bundestagskollegen hatten damit die Sprache ihrer Institution bedeutend erweitert. Gerade die neuen und liberal gesinnten Regierungen der süddeutschen Staaten hatten ihre Bundestagsgesandten ausgetauscht. Dass diese nun instruiert waren, progressive Töne anzuschlagen, gleichzeitig aber auch einen revolutionären Umsturz verhindern wollten, scheint nicht überraschend. Wohl aber bleibt Dönhoffs Rolle bemerkenswert, da er diese Initiative ohne Instruktion aus Berlin begann, die bald eine derartige Dynamik bekommen sollte, dass sich Preußen dem Druck, maßgeblich an der Bundesreform mitzuwirken, nicht länger entziehen konnte.⁴¹

Entscheidender Wendepunkt für die Haltung der preußischen Regierung waren aber letztlich die Tage vom 17. bis zum 19. März 1848. Das Berliner Revolutionswochenende hatte den König nicht nur in einen blutigen Konflikt mit der Bevölkerung seiner Hauptstadt verwickelt, sondern bewirkte auch sein kurzfristiges Einlenken. So ritt Friedrich Wilhelm, schwarz-rot-gold tragend, schon bald durch Berlin und ließ in der *Vossischen Zeitung* vom 22. März verkünden, den Landtag einberufen, eine Verfassung gewähren und sich an die Spitze der deutschen Nationalbewegung stellen zu wollen. Damit war die Tür aufgestoßen, um Dönhoffs Pläne in die Tat umzusetzen. Im Frühjahr 1848 hatte er mit seinen Berichten wie ein Seismograph die Stimmung und Sprache vor allem des gemäßigten Liberalismus aufgenommen und nach Berlin transferiert. Dieser Einfluss, diese Sprechakte, hatten die politische Sprache des konservativen Hofes sowie der Ministerien gehörig aufgerüttelt. Hinzu kam, dass in der Folge des 18. März zahlreiche liberale und progressive Akteure in die Führungspositionen der Ministerien aufrücken konnten.⁴² Reformerische Forderungen fanden so nun auch den Weg in königliche Proklamationen und Patente (Pressefreiheit, Verfassung etc.). Doch auch wenn Preußen später mit der oktroyierten Verfassung vom Dezember 1848 zu einer konstitutionellen

40 Vgl. 15. Sitzung vom 8. März 1848, § 133, MDZ, Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, Sitzung 1–70 (7. Januar – 12. Juli 1848), S. 230.

41 Vgl. Canis: Konstruktiv gegen die Revolution (wie Anm. 28), S. 17.

42 Zum Beispiel Heinrich Alexander von Arnim (1798–1861) und Ludolf Camphausen (1803–1890).

Monarchie werden sollte, die Gründung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Führung resultierte 1848/49 daraus nicht.

Aus seiner Frankfurter Perspektive hatte Dönhoff wohl auch die Rolle der Habsburgermonarchie unterschätzt, die für viele – gerade die deutschen Mittelstaaten – immer noch fester Bestandteil Deutschlands war. Hinzu kam, dass mit dem Zusammentreten der Frankfurter Nationalversammlung am 18. Mai 1848 und der Einsetzung der Provisorischen Zentralgewalt unter Erzherzog Johann weitere Akteure erschienen waren, die eigenständig an einer deutschen Verfassung arbeiteten und den Meinungspluralismus der verschiedenen Gruppen der Revolution abbildeten.⁴³ Der Bundestag hatte zudem der in der Paulskirche tagenden Nationalversammlung seine Befugnisse übertragen. Von diesem, nun immer komplexer werdenden Aushandlungsmechanismus und revolutionären Stimmengewirr wurde Dönhoff aber schon im April 1848 entbunden, indem er nach Berlin zurückbeordert wurde. Sein föderales Vokabular hinterließ aber Spuren. Föderalismus war für ihn ein durchaus historisch legitimiertes Konzept für die gemeinsame Politik der deutschen Staaten. Aber anders als viele andere Ideen der Revolution erscheint Föderalismus in Dönhoffs Berichten und Initiativen weder als genuin reaktionär noch als sonderlich revolutionär. Es ist eine ambivalente, neutrale, unbesetzte, aber bewährte politische Sprache, deren Vokabular einige der Revolutionsforderungen (Konstitution, Parlament, Nationalstaat) ermöglichte, ohne aber dem revolutionären Chaos Tür und Tor zu öffnen. Konkrete föderale Zukunftsvisionen ließen sich so an ganz unterschiedliche Ideologien und Zielvorstellungen der Revolution anpassen.

V. Wien und der neue Ton des Föderalismus

Mit einem Neujahrsessen 1849 weihten der preußische Gesandte Albrecht von Bernstorff und seine Frau Anna das gerade renovierte Esszimmer ihrer Residenz unweit der Wiener Hofburg⁴⁴ ein. Die Wohnung hatte schwere Schäden in den Wiener Oktoberkämpfen 1848 erlitten, so dass die Bernstorffs, die zudem erst kürzlich Eltern geworden waren, außerhalb der Stadt hatten unterkommen müssen. Zu ihrem Dinner am ersten Abend des neu-

43 Hier jedoch längst nicht aller, so waren beispielsweise Frauen von Wahlen und der aktiven Teilnahme an der Nationalversammlung ausgeschlossen.

44 Die preußische Gesandtschaft hatte ihren Sitz in der Schenkenstraße 10, Innere Stadt (I. Bezirk).

en Jahres kamen der Legationssekretär der preußischen Gesandtschaft, der württembergische Gesandte und der Gesandte Sachsens – ein Verwandter Annas – sowie ein österreichischer Diplomat zusammen. Von diesem trauten Verein deutsch-österreichischer Akteure unter dem Dach des preußischen Gesandten berichtete dieser seiner Mutter per Brief. Nicht immer waren aber seine Briefe an Ferdinandine von Bernstorff (1883–1853) so harmonisch, meist überrascht eher der schroffe Ton in seinen Privatbriefen. So berichtet Bernstorff noch im Spätsommer 1848 an seine Mutter: „Aus Unsinn kann nichts Vernünftiges entstehen und mit holen Theorien ohne Macht und Mittel baut man kein Reich auf.“⁴⁵

Albrecht von Bernstorff (1809–1873) war erst im Mai in die Habsburgermonarchie versetzt worden, nachdem er zuvor einen Gesandtenposten in München und hochrangige Funktionen im preußischen Außenministerium unter Heinrich von Bülow (1792–1846) innegehabt hatte.⁴⁶ Anders als bei Rönne, Gerolt und Dönhoff hat sich seine Privatkorrespondenz weitestgehend erhalten und wurde 1906 durch Carl Ringhoffer (1854–1906) ediert. Diese Briefe vermitteln nicht nur einen sehr persönlichen Eindruck von der Gefühlswelt des Diplomaten, sondern zeigen auch anhand der Adressatinnen wie politisch involviert eigentlich von der Politik ausgeschlossene Frauen in der Revolutionszeit sein konnten. Mehr noch als in den formellen Berichten an das Ministerium in Berlin, gibt Bernstorffs Privatkorrespondenz auch Einblicke in seine eigenen föderalen Überzeugungen, die nicht selten mit jenen seiner österreichischen Gesprächspartner, aber auch meist mit denen des preußischen Königs, konfliktierten.

Die Briefflektüre zeigt auch, welche Ambivalenz die politische Haltung der Akteure um 1848/49 aufweisen konnte. So betonte Bernstorff nicht selten seine Überzeugung, dass die Revolution eigentlich mit Gewalt niederrzuschlagen sei.⁴⁷ Gleichzeitig ging er aber auch auf die Strategie des Unterstaatssekretärs und 1848 kurzzeitig interimistischen Außenministers Hans Adolf Karl von Bülow (1807–1869) ein, wonach eine Rückkehr zum Status quo von vor 1848 für den Deutschen Bund wenig wünschenswert sei. Man setze sich dann wieder dem „Chaos“ der „36 Partikularinteressen“ seiner Mitgliedsstaaten aus.⁴⁸ Eine neue Ordnung müsse also aus den Wirren der

45 Bernstorff an seine Mutter, Brief vom 31. August 1848. In: Carl Ringhoffer: *Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlass des Grafen Albrecht v. Bernstorff, Staatsministers und kaiserlich deutschen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafters in London und seiner Gemahlin Anna geb. Freiin v. Koenneritz*. Berlin 1906, S. 73.

46 Vgl. ebd., S. 33.

47 Vgl. ebd., S. 74.

48 Bülow an Bernstorff, Brief vom 20. Dezember 1848. In: Ebd., S. 80.

Revolution erwachsen, darin waren sich Bernstorff und Bülow einig. Beide tauschten sich darin auch immer wieder über das völlig unzeitgemäße Bild Deutschlands im Kopf ihres Souveräns aus und verzweifelten zunehmend daran.

So scheint es häufig, Bernstorff schreibe gegen gleich mehrere politische Kräfte an. Einerseits lehnte er die Nationalversammlung in Frankfurt ab, stand der Provisorischen Zentralgewalt unter Erzherzog Johann skeptisch gegenüber, sah besorgt auf die geringe Motivation des Berliner Hofes zu einem kleindeutschen Vorstoß Preußens und musste sich andererseits auch mit den zentralistischen, großdeutschen bzw. großösterreichischen Plänen des k. k. Ministerpräsidenten herumplagen. Dieser, Felix zu Schwarzenberg (1800–1852), seit November 1848 Regierungschef, teilte mit Bernstorff eine Skepsis gegenüber den neuen Institutionen in Frankfurt, welche die Revolution hervorgebracht hatte. Seine Vorstellungen, eine deutsche Einheit vorrangig unter österreichischer Führung und vor allem unter Einschluss aller – also auch der nicht deutschsprachigen – Gebiete der Monarchie herzustellen, traf bei Bernstorff aber auf entschiedene Ablehnung. In Briefen an seine Mutter wie auch an seine häufig wechselnden Vorgesetzten in Berlin machte er seine Überzeugung deutlich, dass Preußen die Führung in Deutschland zu übernehmen habe. In diesem Punkt war er seinem Kollegen am Bundestag in Frankfurt, Heinrich von Dönhoff, nicht unähnlich. Die Konkretisierung dieser Idee gestaltete sich beim Gesandten in Wien aber deutlich drastischer. Wenn der Dualismus zwischen Preußen und Österreich nicht aufzulösen sei, so müssten wenigstens die kleineren, norddeutschen Staaten an Preußen angeschlossen werden.⁴⁹

In der Praxis bedeutete dieses politische Denken für ihn wohl einen alltäglichen Balanceakt. Einerseits musste er Berlin davon überzeugen, dass Österreich keinesfalls an einer deutschen Einheit interessiert war und wenn, dann nur zu Preußens Ungunsten und ohne den konstitutionellen Forderungen der Nationalversammlung zu entsprechen.⁵⁰ Andererseits musste er gegenüber Schwarzenberg grundsätzliche Kompromissbereitschaft zur Reform des Deutschen Bundes signalisieren, ohne dabei weder eine preußische Unterordnung anzudeuten noch die eigenen kleindeutsch-preußischen Hintergedanken transparent zu machen.

Trotz seiner schlechten Ausgangslage und deutlich geringeren Handlungsoptionen, als sie beispielsweise Dönhoff im Frühjahr 1848 in Frank-

49 Vgl. ebd., S. 101.

50 Bericht Bernstorffs an Arnim vom 31. März 1849. In: Ebd., S. 99.

furt hatte, musste Bernstorff in Wien mit Schwarzenberg verhandeln. Von Ende 1848 bis zur Reichsverfassungskampagne im darauffolgenden Sommer spielten beide in ihren Gesprächen verschiedenste Varianten einer möglichen Neuordnung Deutschlands durch. So zeigt schon ein Gespräch im Dezember 1848, wie sehr sie aneinander vorbei argumentierten. Zentral waren dabei Überlegungen einer Sechser-Ordnung aus der Habsburgermonarchie, Preußen und den größeren Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover. Schwarzenberg versuchte dabei, die Mittelstaaten notfalls als einen dritten Machtblock zu etablieren und somit einer preußischen Hegemonie entgegenzuwirken. Bernstorff ging, wie er nach Berlin meldete, auf diesen Vorschlag ein, bestand aber darauf, dass dann der Vorsitz im Bund zwischen diesen drei Polen wechseln müsste. Schwarzenberg verlachte („der Fürst lachend“⁵¹) diesen Vorschlag mit Verweis auf den traditionellen Vorrang Österreichs in Deutschland. Bernstorff wendete ein, dass dies „der größte Fehler des alten Bundes“ und sowieso Grund für „die jetzige Gestaltung der Dinge“ sei, Preußens rezente Initiative im Bundestag aber „wohl wenigstens eine völlige Gleichstellung mit Österreich“ begründen würde.⁵² Hierauf ging Schwarzenberg aber nicht mehr ein.

In seinen Privatbriefen gibt der Gesandte monatelang detailliert wieder, welche Worte Schwarzenberg und er selbst wählten. Dabei lassen sich zwei Veränderungen erkennen. Einerseits gelang es Bernstorff immer schlechter, seine preußischen Hegemonialphantasien vor dem österreichischen Ministerpräsidenten zu verhehlen, und andererseits erreichte es Schwarzenberg, die Sprache ihrer Gespräche immer konflikthafter und aggressiver zu gestalten. Besonders ein Ausspruch des Fürsten sticht als Fanal heraus. Der Gesandte betonte ihn sowohl in seinem offiziellen Bericht an das Außenministerium (8. Juli 1849) als auch noch einmal in einem persönlichen Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1792–1850): „wir werden nächstens aufeinander schießen“⁵³.

Diese sprachliche Eskalation Schwarzenbergs ist gerade vor dem Hintergrund der Endphase der Reichsverfassungskampagne besondersbrisant. Die im März 1849 von der Nationalversammlung erarbeitete Verfassungsurkunde stand in den Staaten des Bundes immer noch zur Ratifikation aus. Die Fürsten setzten die Verfassung nicht in Kraft, es kam erneut zu Aufständen, welche Österreich und vor allem Preußen militärisch unterdrückten.

51 Bericht Bernstorffs an Bülow vom 27. Dezember 1848. In: Ebd., S. 83.

52 Ebd.

53 Vertraulicher Bericht Bernstorffs an Ministerpräsident Brandenburg vom 10. Juli 1849. In: Ebd., S. 109.

In diesem Klima war an eine bundesstaatliche Neuordnung Deutschlands, an der Preußen und Habsburg auf Augenhöhe beteiligt wären, kaum mehr zu denken. Hinzu kamen die Vertreter der Mittelstaaten. Vor dem Hintergrund der im Sommer 1849 erlebten preußischen Militärgewalt im Bundesgebiet, gerieten diese zunehmend in Sorge um eine drohende preußische Hegemonie in Deutschland.⁵⁴ Überall in Wien wurde 1849 nun der Ton rauer. Bernstorff betonte gegenüber Schwarzenberg, dass Preußens Großmachtstellung in Europa zu entfallen drohe, würde man sich in einem Bundesstaat Österreich unterordnen müssen. Anderseits wäre ein deutscher Bundesstaat ohne Preußen unvollständig und undenkbar. Daher müsse für diesen oder zumindest einen Teil die preußische Vormachtstellung gesichert werden. Schwarzenberg antwortete, wie schon im Vorjahr, lakonisch: „Es will aber niemand die preußische Suprematie. Die Kleinen sind nur eingeschüchtert, und die Größeren [die Mittelstaaten, J.G.] werden sich nie fügen.“⁵⁵

Über diesen erneuten Rückschlag verärgert, stellte Bernstorff fest,

„daß solche Äußerungen [...], im Verein mit der Sprache des österreichischen Kabinetts in seinen amtlichen Erlassen, wie in [...] der öffentlichen Presse, und endlich mit der Sprache sämtlicher hier akkreditierter deutscher Diplomaten, welche [...] hier selbst auf das leidenschaftlichste hetzen, zum Teil aber das Echo der Ansichten der österreichischen Regierung sind, geeignet erscheinen, an die Möglichkeit eines wirklichen Bruchs und den Eintritt materieller Feindseligkeiten zwischen Preußen und Österreich denken zu machen.“⁵⁶

Diese und weitere Betonungen der Konfliktlastigkeit der föderalen Strukturen zwischen den deutschen Staaten 1849 stießen in Berlin jedoch zunehmend auf Kritik. Zu voreingenommen, zu misstrauisch sei der Gesandte gegenüber den österreichischen Gesprächspartnern. Der neue und bis 1850 amtierende preußische Außenminister, Alexander von Schleinitz (1807–1885), gab ihm zunehmend zu verstehen, dass er in seinen Verhandlungen größere Verhandlungsbereitschaft gegenüber Schwarzenberg zeigen dürfe.⁵⁷ Hiervon wohl inspiriert, unterzeichnete Bernstorff – ohne Instruktion aus Berlin abzuwarten – im September 1849 eine Konvention, welche die

54 Vgl. Jonas Flöter: Beust und die Reform des Deutschen Bundes 1850 – 1866. Sächsisch-mittelstaatliche Koalitionspolitik im Kontext der deutschen Frage. Geschichte und Politik in Sachsen. Köln 2001, S. 57 f., <<https://swbplus.bsz-bw.de/bsz093847548inh.htm>> (29.2.2024).

55 Vertraulicher Bericht Bernstorffs an Ministerpräsident Brandenburg vom 10. Juli 1849. In: Ringhoffer: Im Kampfe für Preußens Ehre (wie Anm. 45), S. 107.

56 Ebd., S. 109.

57 Vgl. ebd., S. 105.

Gleichrangigkeit Preußens und Österreichs im Deutschen Bund festlegen sollte.⁵⁸

Vorsichtig, aber optimistisch berichtete er der Mutter in einem Brief:

„Was die Folgen der unseligen Spaltung Deutschlands in zwei feindliche große Lager, wenn sie fortgedauert hätte, gewesen wären, lässt sich nicht berechnen. Ich habe den verflossenen Sommer hier die schwerste und peinlichste Stellung gehabt, die wohl ein Diplomat haben kann, ich habe aber mein Ziel nie aus den Augen verloren und jetzt mit Gottes Hilfe einen großen Teil desselben erreicht.“⁵⁹

Auf dieser Grundlage würden beide Mächte, Österreich und Preußen, die Bundeszentralkommission installieren. Sie sollte die Befugnisse der Provisorischen Zentralgewalt des kaum anderthalb Jahre existierenden Deutschen Reiches übernehmen. Nach dessen Auflösung würde die Zentralkommission bis zur endgültigen Wiederherstellung des (alten) Deutschen Bundes 1851 bestehen bleiben.

Für Bernstorff war jedoch das Verhältnis zwischen Berlin und Wien nachhaltig zerrüttet. Auch von seinem kleindeutschen Wunschkbild Deutschlands rückte er nicht mehr ab, was ihm die baldige Abberufung aus Wien einbrachte. Als direkter Vorgänger Bismarcks im Amt des preußischen Außenministers sollte er diese Linie 1861/62 noch auf friedlichem Wege im Deutschen Bund weiterführen. Die föderalen Ideen, welche er in seiner Zeit als Gesandter in Wien kennengelernt bzw. mit der österreichischen Seite diskutiert hatte, ließen immer wieder auf einen preußisch-österreichischen Konflikt und die Verhinderung einer preußischen Vormachtstellung heraus.

Wird hier der Föderalismus wiederum als politische Sprache verstanden, so hat diese in den Berichten Bernstorffs einen zunehmend düsteren Klang. Sie verhinderte seine eigenen Zukunftspläne für ein Deutschland unter preußischer Führung und ermöglichte viel eher neue Konfliktfelder. Dass diese Konflikte nicht mehr nur in den Besprechungsräumen des Außenministeriums vorstellbar, sondern tatsächlich im Feld, in einen militärischen Konflikt, real werden könnten, zeigte Bernstorff eindrücklich am sich verschärfenden Vokabular in Wien auf. Natürlich konnte Bernstorff noch nichts von der Herbstkrise 1850 oder gar dem preußisch-österreichischen Krieg 1866 ahnen. Doch kann, ohne dem von Quentin Skinner beschriebenen Mythos der Vorwegnahme zu verfallen, an dieser Stelle festgehalten werden, dass Bernstorffs Berichte einer von vielen Schritten waren, die

58 Vgl. ebd., S. 110.

59 Bernstorff an seine Mutter, Brief vom 13. Oktober 1849. In: Ebd., S. 115.

diese Eskalation sprachlich vorzeichneten bzw. die Möglichkeit dieser Entgleisung andeuteten und vor ihr warnten.

VI. Conclusio

Der Beitrag untersucht die politische Sprache von vier Diplomaten, die in der Revolutionszeit 1848/49 in Washington, Frankfurt am Main und Wien über dortige föderale Phänomene berichteten. Dabei orientiert sich der Text an J.G.A. Pococks Überlegungen zu politischen Sprachen, welche als Regelsysteme und spezifische Vokabulare sowohl politische Aussagen als auch Handlungen ermöglichen und bedingen. Auch Föderalismus kann als eine von vielen miteinander verwobenen und konkurrierenden politischen Sprachen begriffen werden. Die untersuchten Akteure bedienten sich des föderalen Vokabulars ihrer Zeit, dessen Auswahl und Funktion aber vom jeweiligen Kontext ihres Dienstortes geprägt war. Klingen in den Berichten aus Washington optimistische und fortschrittsorientierte Töne an, beschreiben sie zugleich auch Konfliktpotentiale und föderale Bruchstellen. In Frankfurt und Wien sind die untersuchten Akteure auch direkt in die revolutionären Ereignisse der deutschen Staaten eingebunden, was ihre politische Sprache und zugleich ihr Handeln besonders beeinflusste. In den Berichten aus Frankfurt spiegeln sich die Bedeutung einer politisierten Öffentlichkeit und deren Forderungen in konkreten föderalen Reforminitiativen wider, die gleichsam das Vokabular der preußischen Regierung mittelfristig erweiterten. Dass föderale Konfliktpotenziale nicht nur in der Theorie bestehen, sondern sehr schnell konkrete Probleme darstellen können, wurde in den Berichten aus Wien deutlich. In der von dort gespiegelten Spielart des Föderalen werden die Grenzen der föderalen Staatsgründung der deutschen Staaten um 1848/49 erkennbar. Einzig eine dualistische Übergangslösung erschien dem dortigen Gesandten als ein gangbarer Weg zur Vermeidung eines offenen Konflikts zwischen Preußen und Österreich. Ein Grundmotiv des Föderalismus ist aber bei allen vier untersuchten Akteuren zu erkennen: die Sicherstellung von Ordnung in Zeiten der Revolution durch die Formulierung von fortschrittlichen, föderalen Lösungskonzepten.

